

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, S. Engler in Hamburg, Haafenstein & Wegler, in Frankfurt a. M. Säger'sche, in Elbing: Reumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.
Berlin, 17. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages theilte Graf Bismarck mit, daß die Bundes-Regierungen beschlossen haben, der Verfassung beizustimmen, und erklärt somit die Norddeutsche Bundesverfassung als durch den Reichstag und die Regierungen für angenommen. Hierauf verliest er eine königliche Botschaft, nach welcher der Beschluß des Reichstages durch den König Mittags im Weißen Saale erfolgen soll.

Berlin, 17. April. Der Reichstag wurde heute 12 Uhr Mittags vom Könige durch folgende Thronrede geschlossen:

Der König spricht seine aufrichtige Genugthuung über die Verwirklichung der Hoffnungen aus, mit welchen er den Reichstag eröffnet hat, und erkennt den patriotischen Ernst und die Selbstbeherrschung der Abgeordneten an, welche ein festbegründetes und zukunftreiches Verfassungswerk geschaffen haben.

Die Bundesgewalt ist mit den unentbehrlichen und ausreichenden Befugnissen ausgestattet; die Einzelstaaten haben freie Bewegung überall, wo es zulässig und ersprießlich ist, behalten. Die Volksvertretung hat diejenige Mitwirkung bei den nationalen Aufgaben erhalten, welche den Landesverfassungen und den Bedürfnissen der Regierungen entspricht.

Die Regierungen und der Reichstag haben Opfer gebracht; der König ist überzeugt, daß diese Opfer für Deutschland gebracht sind. Durch das allseitige Entgegenkommen ist eine fruchtbringende Entwicklung des Bundes verbürgt, mit dessen Abschluß die Hoffnungen, welche uns mit den süddeutschen Brüdern gemeinsam, ihrer Erfüllung näher gerückt sind. Die Zeit ist herbeigekommen, wo Deutschland durch seine gesammte Kraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten vermag. Das nationale Selbstbewußtsein des Reichstages hat in allen Gauen des Vaterlandes kräftigen Widerhall gefunden. Die Regierungen und das Volk des gesammten Deutschlands sind darin einig, daß sich die wiedergewonnene Macht der Nation hauptsächlich in der Sicherung des Friedens bewähren muß.

Die Thronrede spricht schließlich die Hoffnung aus, daß auch die Einzelstaaten dem Verfassungswerke beizutreten werden.

Angelommen 9 Uhr Vormittags.

Berlin, 17. April. (Wolffs Telegraphen-Bureau.) Mit Bezug auf die Behauptung, daß Preußen besondere militärische Vorkehrungen treffe, wird authentisch versichert, daß lediglich die im Herbst begonnene Erweiterung der Organisation der Linie und Landwehr jetzt vollendet werde. Von den Gewehrfabriken seien keine außerordentlichen Leistungen gefordert, da der vorhandene Vorrath von Ründnadelgewehren für die nöthig gewordene größere Veranschlagung derselben hinreichte. Von einer Armirung der Rheinsektionen sei nichts bekannt.

(W. T. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 16. April. Die „Presse“ bringt einen Artikel, der es für den Beruf Oesterreichs erklärt, in der Luxemburger Angelegenheit zunächst die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu übernehmen. Frankreich, sagt sie, solle bedenken, was es heiße, eine große, gebildete, ihm an Macht gleiche Nation gegen sich zu haben; Preußen seinerseits dürfe die wilde Energie des französischen Geistes nicht unterschätzen. Graf Bismarck möge sich hüten, in die Fehler seines großen Pariser Gegners zu verfallen und das Prinzip der Nationalitäten zu überschrauben. Die Luxemburger Angelegenheit sei in erster Linie eine Rechtsfrage, in zweiter eine Frage des Gleichgewichts; erst in dritter Linie dürfe ihre nationale Bedeutung in Betracht kommen.

München, 16. April. Der Ministerialrath im Ministerium des Aeußern, Graf v. Tauffkirchen, ist in besonderer Mission nach Berlin abgereist.

Florenz, 15. April. Der Deputirte Ferraris interpellirte die Regierung über die Motive der letzten Ministerkrisis, sowie über die Ansichten des gegenwärtigen Kabinetts bezüglich der römischen Frage, der Finanzfrage, der Decentralisation, der Zusammenfassung des Kabinetts und der Angelegenheit der geistlichen Güter. Rattazzi lehnte in Betreff der Ministerkrisis die Beantwortung der Interpellation ab; das Cabinet habe dieselben allgemeinen Principien, wie sein Vorgänger, die auch von fast dem ganzen Parlament getheilt seien; das Ministerium werde administrative und finanzielle Vorschläge gleichzeitig mit einer Vorlage über den Stand der geistlichen Güter-Angelegenheit machen; die Regierung werde mit Festigkeit die ihren Wählern ausgedrückten Ansichten vertreten, in loyaler Weise den Septembervertrag ausführen und jedem Versuch entgegenzutreten, wodurch die Zukunft der römischen Frage compromittirt werden könne. Hinsichtlich der Decentralisation seien seine (Rattazzi's) Ideen radical, er nehme für die Regierung nur diejenige Einmischung in Anspruch, die für eine gute Administration unerlässliche Bedingung sei; — in Betreff der Zusammenfassung des Kabinetts bemerkte er, Niemand könne in demselben die eine Provinz Italiens stärker als die andere vertreten finden.

Die Interpellation hatte keine weitere Folge. Der Deputirte Manzoni ist zum General-Secretair im Ministerium des Innern ernannt, Commandeur Sacchi zu dem gleichen Posten im Finanzministerium. Die Ministerien für Krieg und Marine werden keine General-Secretaire haben.

Florenz, 15. April. Das Erkenntnis gegen Persano erklärt denselben schuldig des Ungehorsams, der unüberlegten Handlungsweise und der Nachlässigkeit, und verurtheilt ihn

zum Verlust seines Grades als Admiral und zur Zahlung der Kosten.

London, 16. April. Die Regierung hat aus dem spanischen Cabinet eine befriedigende Depesche in Betreff des Schiffes „Victoria“ erhalten. — Nach Mittheilungen aus New-York vom 6. d., welche per „City of Paris“ eingetroffen sind, haben 3000 Republikaner unter Trabuco sich Ortega angeschlossen. Die Republikaner von Tamaulipas weigern sich, ihre Truppen zu denen von Suarez stoßen zu lassen. Die Liberalen verlassen Tampico.

Paris, 16. April. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Circular des Kriegsministers vom 15. d., welches die Kosten für Befreiung vom Militärdienst auf 3000 Fracs. feststellt; die entsprechende Summe für 1866 war 2300 Fracs. — Gestern Abend wurde auf dem Boulevard die Rente zu 66,80 gehandelt.

Stockholm, 15. April. Der Reichstag hat in der heutigen Sitzung 1 1/2 Millionen Reichsthaler für Ankäufe von Gewehren bewilligt.

Frankfurt a. M., 16. April. Effecten-Societät. Flaue Stimmung. National-Anleihe 50 1/2, Credit-Actien 150 à 150 1/2, 1860er Loose 6 1/2, Steuerfreie Anleihe 4 1/2, Amerikaner per comptant 76 1/2, per ultimo 76 1/2.

Wien, 16. April. Abendbörse. Auf Pariser Notirungen flau. Credit-Actien 168,10, Nordbahn 162,00, 1860er Loose 81,70, 1864er Loose 74,80, Staatsbahn 197,10, Galizier 209,50, Steuerfreie Anleihen 58,90.

Wien, 15. April. Bei der Ziehung der 1864er Loose fiel der Haupttreffer auf Nr. 33 der Serie 1334; ein Gewinn von 15.000 Gulden auf Nr. 65 der Serie 1111; ein Gewinn von 10.000 Gulden auf Nr. 50 der Serie 1952. Außerdem wurden gezogen die Serien 667, 1642, 2324, 2925, 3152, 3604, 3751.

Paris, 16. April. Die 3% Rente eröffnete in sehr matter Haltung zu 66,45. Die Speculation ist durch das Circular des Kriegsministers beunruhigt.

London, 16. April. Aus New-York vom 15. d. M. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcour auf London in Gold 109, Goldagio 3 1/2, Bonds 109 1/2, Illinois 114, Eriebahn 55 1/2, Baumwolle 27 1/2, raffinirtes Petroleum 26. — Der Bremer Dampfer „Deutschland“ ist angekommen.

Norddeutscher Reichstag.

34. Sitzung am 16. April 1867.

Die Tribünen sind überfüllt. Das Haus tritt in die Schlußberatung über Art. 60 des Verfassungsentwurfs. (Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. December 1871 auf 1 Procent der Bevölkerung von 1867 normirt und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt.) Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß die Discussion über diesen Artikel zugleich mit der über Art. 62 (225 1/2 pro Kopf der Friedensstärke werden bis zum 31. December 1871 dem Bundesfeldherrn zur Verfügung gestellt) geführt werden muß.

Zu Art. 60 hat der Abg. Graf zu Stolberg (unterstützt von Wagener, v. Blandenburg, Graf zu Eulenburg u. A.) beantragt: 1) Statt des letzten Satzes den folgenden Satz anzunehmen: „Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres durch ein Bundesgesetz festgesetzt, bis zu dessen Erlaß die vorstehenden Bestimmungen von Jahr zu Jahr in Kraft bleiben“; 2) im Art. 62 statt der Worte „bis zum 31. Dec. 1871“ zu setzen: bis zum Erlaß eines Bundes-Gesetzes.

Die Abgg. Herzog v. Ujest und v. Bennigsen beantragen, der Reichstag wolle beschließen: dem Art. 62 der Verfassungs-Beschlüsse folgenden Zusatz hinzuzufügen: Nach dem 31. Dec. 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Art. 60 interimistisch festgesetzte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist. Die Veranschlagung dieser Summe für das gesammte Bundesheer und dessen Einrichtung wird durch das Etatsgesetz festgesetzt. Bei der Feststellung des Militär-Ausgabe-Etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt.

Abg. v. Binde (Hagen): Wir haben gestern Seitens der Bundescommissarien die Erklärung gehört, daß das Zustandekommen des Bundes durch die Sicherstellung der Heereskraft, durch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke der Armee bedingt sei, daß es so lange bei 1 Procent der Bevölkerung sein Bewenden haben müsse, bis dies durch ein Bundesgesetz anders festgesetzt sei. Mit anderen Worten: nur wenn das Amendement Stolberg angenommen wird, nur wenn die 300,000 Mann so lange die Friedensstärke des Heeres bleiben, bis Bundesrath und Reichstag sich über eine andere Zahl vereinbart haben, nur in diesem Falle dürfen wir auf einen befriedigenden Abschluß unseres Werkes hoffen. Der Hr. Dr. Gneist hat neulich mit einer Beredsamkeit, die meiner Ansicht nach in dieser Frage nicht erreicht ist, nachgewiesen, daß die geforderte Präsenzstärke durchaus notwendig ist, daß irgend ein Mitteln daran aus lange Jahre hinaus die nachtheiligste Wirkung ausübe; also aus dem Schooße der national-liberalen Partei selbst hat diese Ansicht ihre entschiedenste Begründung und Ausführung erhalten. Daber kann ich mich auch mit dem Amendement Ujest, das durch einen Compromiß entstanden ist, nicht anders als unter gewissen Voraussetzungen einverstanden erklären. Ich mache zunächst auf den gewiß nicht beabsichtigten Unterschied zwischen den Ausdrücken „Bundesfeldherr“ und „Bundeskasse“ aufmerksam. Gegen die Bestimmung des Amendements, daß zur Berechnung der Beiträge der einzelnen Staaten, die im Art. 60 interimistisch festgesetzte Friedenspräsenzstärke so lange festzuhalten sei, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist, habe ich nichts. Dieser Theil der Einnahmen der Bundeskasse wird dadurch so lange

gesichert, bis anders darüber verfügt ist. Aber diese Einnahme darf nicht etwa todt in der Bundeskasse liegen bleiben können, auch die etwaige Verweigerung der Ausgaben Seitens des Reichstages muß ihre Schranke finden, und diese Schranke kann ich nur darin erblicken, wenn Sie den Artikel 60 mit dem Amendement Stolberg gleichfalls annehmen. Lehnen Sie dies letztere ab, so werden Sie mich auch nicht trösten durch Annahme des Zusatzes, daß bei der Feststellung des Militär-Ausgabe-Etats die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt werden soll. Was hilft es mir, wenn diese Herren hier den langjährigen Streit über die Armee-Reorganisation beendigen zu wollen erklären, wenn sie die Mittel zur Erhaltung für diese 300,000 Mann davon abhängig machen wollen, daß sie diesem Amendement ihre Genehmigung ertheilen? Sie wollen dies neue Amendement Ujest an die Stelle aller Amendements Stolberg setzen. Damit heben Sie nicht nur den Art. 60, sondern alle damit zusammenhängenden Bestimmungen auf, und machen Alles abhängig von der Bewilligung des Reichstages. Und wenn ein Gesetz nicht zu Stande kommt, dann muß die Armee aufgehört zu existiren. Ich kann mir also Ihr Amendement nur gefallen lassen, wenn Sie vorher die jetzige Friedenspräsenzstärke durch Annahme des Stolberg'schen Amendements gesichert haben. Thun Sie das nicht, so stellen Sie die ganze Armee in die Luft, so nehmen Sie dem Norddeutschen Bunde sein wesentliches Fundament! (Nebner hat unter ziemlichem Unruhe gesprochen.)

Abg. Lasker: Der Hr. Abg. v. Binde ist zur Berathung des Amendements Ujest-Bennigsen nicht zugezogen, weil wir darauf verzichtet haben, da, wo es sich um Feststellung verfassungsmäßiger Rechte handelt, gerade mit ihm Compromisse zu schließen, für deren Zustandekommen wir mehr Aussicht auf der äußersten Rechten des Hauses als bei ihm haben. (Bravo.) Wenn der Inhalt des Amendements Ujest-Bennigsen ein Grund für ihn ist, um nach Annahme desselben gegen die ganze Verfassung zu stimmen, so ist ihm dabei nicht zu helfen; wir wollen die Rechte des preuß. Abgeordnetenhauses nicht verloren gehen lassen. Wenn die Zahl von 300,000 Mann ein für allemal festgestellt werden soll, dann würde allerdings das Amendement Ujest seinen ganzen Werth für mich verlieren; wir würden dann nur einen Schein des Ausgabebewilligungsrechts wahren, nicht aber dies Recht selber. Ich betrachte die Erklärung des Abg. v. Binde, daß er nach Ablehnung des Stolberg'schen Amendements gegen die ganze Verfassung stimmen werde, (Abg. v. Binde: Das habe ich gar nicht gesagt) — ich glaube es gehört zu haben; doch um so besser, ich sehe also, daß ihm die Ablehnung dieses Amendements doch nicht so viel gilt; es wäre ihm die Annahme desselben nur angenehm; das wird aber für uns kein Grund sein, dafür zu stimmen. (Heiterkeit und Beifall.) Sollte dagegen das Amendement Stolberg angenommen werden, so würden allerdings viele Mitglieder, — und ich bekenne mich zu der Zahl derselben — in der Lage sein, dem ganzen Werke ihre Zustimmung versagen zu müssen. Wenn uns zugemuthet wird, immer mehr verfassungsmäßige Rechte aufzugeben, dann meine ich, daß es mit diesem Norddeutschen Bund nicht ernst gemeint sein kann. Ueberall ist man überzeugt, daß jedes Werk, das nicht wenigstens auferbaut ist auf den Rechten, die das preuß. Abgeordnetenhause bisher besessen, ein vorübergehendes und nicht lebensfähiges sein werde. Diese Gründe haben uns bewogen, dies Amendement einzubringen, und nur der Abg. v. Binde hat geglaubt, sich den Ruhm wahren zu müssen, von angeblich liberaler Seite dem Amendement entgegenzutreten, das allerdings als ein annehmbares Compromiß angesehen wurde. Sie wissen, m. H., daß ich mir aus Strömungen von Rechts und Links nichts mache; aber diesen frischen, grünen Zweig verfassungsmäßigen Lebens will ich mir nicht abschneiden lassen, und dies Amendement ist die äußerste Grenzlinie, bis zu der ich nachgeben kann.

Abg. v. Blandenburg: Durch die Zugeständnisse, die der Abg. Lasker selbst gemacht hat, bin auch ich davon überzeugt, daß das Amendement für die Regierung und für uns unannehmbar ist. Die Friedenspräsenzstärke des Heeres muß feststehen, und wir wollen nicht, daß dem Reichstag das Recht eingeräumt werde, die Kopfstärke des Heeres durch einen Budgetstrich zu ändern. Es fällt mir deshalb nicht ein, der Landesvertretung das so werthvolle Recht der Ausgabebewilligung nehmen zu wollen; ich bin gewiß der Letzte, der dies aufgibt. (Heiterkeit links.) Aber es ist uns unmöglich, für das Amendement Ujest zu stimmen, wenn nicht vorher festgesetzt wird, daß die Kopfstärke des Heeres nur durch ein Gesetz geändert werden kann, nicht durch einen Budgetstrich.

Graf v. Bismarck: Ich muß erklären, daß die Regierungen mit dem Amendement Stolberg einverstanden sind, deshalb die Vertreter der Regierungen verpflichtet sind, daran festzuhalten. Das Amendement Ujest läßt allerdings die Möglichkeit zu, die der Abg. v. Binde angedeutet hat, daß im J. 1872 ein neuer Budget-Conflict, ein neuer Militär-Conflict entsteht, dessen Folgen nicht zu übersehen sind. Wer von Ihnen, m. H., deshalb entschlossen ist, diesen Conflict zu verbüßen, muß mit uns für das Amendement Stolberg stimmen. (Nach dieser Rede tritt eine kleine Pause ein, in der sich die Mitglieder auf allen Seiten lebhaft unterhalten.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich muß zunächst festhalten an dem Amendement Ujest-Bennigsen, nachdem Graf Bismarck erklärt hat, daß er das Amendement Stolberg allerdings vorziehe, aber keine Erklärung gegeben hat, daß durch die Verwerfung desselben das ganze Verfassungswerk gefährdet werde. Der Präsenzstand der Armee wird durch die Annahme meines Amendements keineswegs gefährdet, so lange das Einnahme-Budget gewährleistet ist. Ueberhaupt ist der Unterschied zwischen beiden Amendements ein sehr unwesentlicher: in beiden Fällen soll ein Gesetz die Kopfstärke des Heeres bestimmen, und in beiden Fällen wird der Präsenzstand

bestehen bleiben, bis ein Gesetz zu Stande gekommen ist. Wenn ich auch sachlich gegen das Amendement Stolberg nichts einzuwenden habe, so werde ich doch an unserm Amendement festhalten, wenn Graf Bismarck nicht erklärt, daß das Zustandekommen der Verfassung dadurch gefährdet wird.

Graf Bismarck: Es ist mir schwer verständlich, welche Gründe der Hr. Borredner hat, gegen das Amendement Stolberg zu stimmen, wenn er sachlich damit einverstanden ist. Er hat mir gesagt, wenn ich erklärte, daß die Verwerfung des Amendements Stolberg oder die Annahme des Amendements Ujest einen Abbruch der Verhandlungen und eine Störung in der Verständigung zur Folge hätte, dann wollte er für das Amendement Stolberg stimmen. Er ordnet also seine Uebersetzung von dem, was gut und besser ist, den kategorischen Erklärungen der Regierungen unter. Ich bin aber nicht in der Lage, in meinem Namen hier eine solche Erklärung zu geben. Ich habe gesagt: das Amendement Stolberg ist den verbündeten Regierungen annehmbar; wenn dies verworfen werden sollte, so muß ich mich erst mit den andern Bundes-Commissarien vereinbaren und an Se. Maj. den König, meinen allergnädigsten Herrn, berichten und eine Entscheidung darüber erwarten; ich kann aber nicht in kategorischer Weise dieser Entscheidung antizipieren.

Das Amendement Stolberg wird darauf mit 167 gegen 110 Stimmen verworfen. Für dasselbe stimmen: Die conservative Fraction, ein Theil der freien conservativen Vereinigung, der größte Theil der Altliberalen; u. A. die beiden Binde's, Dunder, ferner Martens und ein Theil der sächs. Abgg., Graf Bismarck, v. Roon u. Gegen dasselbe stimmen: die Linke, die parlamentar. Vereinigung (v. Bodum-Dolffs u.), die Nationalliberalen, mit Ausnahme der Abg. Gneist und Franz, die sich der Stimme enthalten, ein Theil der freien conservativen Vereinigung, u. A. Agricola, Graf Bethusy-Huc, Graf Hompesch, Graf Renard, Herzog v. Ujest, ferner die Polen, und Simson, v. Gruner, Zacharia u. — Darauf wird Art. 60 und 61 des Entwurfs der Verfassung mit großer Majorität angenommen.

Zu Art. 62 liegen die Anträge Stolberg und Ujest (s. oben) vor. Ferner ist ein Unter-Amendement von Graf Stolberg gestellt, in dem Antrage Ujest-Beinigten statt des 2. Satzes im 1. A. zu sagen: „Die Berechnung desselben erfolgt nach der im Art. 60 festgestellten Friedens-Präsenzstärke, welche so lange von Jahr zu Jahr in Kraft bleibt, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist.“ — Abg. Schulze (Berlin): Man hat eine Menge Vorstimmregeln aufgenommen, um einem künftigen Conflict vorzubeugen, aber eine bessere Saat von künftigen Conflicten, als in dem Amendement Ujest-Beinigten, können Sie wirklich gar nicht beschaffen. (Links: sehr wahr!) Das Interimisticum dauert also so lange, als es dem Bundespräsidium genehm ist. Von haben Sie entweder künftig eine Volksvertretung, welche dies nicht gut heißt und eine Erledigung der Frage im Wege der Bundesgesetzgebung will und dann haben Sie den Conflict in Permanenz, oder Sie haben eine, die sich das Interimisticum für alle Zeiten gefallen läßt, und dann haben Sie keine Volksvertretung, sondern eine Vertretung des Scheinconstitutionalismus, das ist eine Garantie nicht der Volksrechte, sondern des Absolutismus. (Sehr wahr!) Graf Bismarck hat uns freilich gesagt, daß man Alles thun müsse, um einen künftigen Conflict unmöglich zu machen, und daß das Amendement Ujest-Beinigten die Möglichkeit eines Conflictes offen lasse. Aber ist dann nicht überhaupt alles constitutionelle Wesen abgeschafft, wenn das Entstehen eines Conflictes unmöglich gemacht ist? bleibt dann eben nicht bloß der Willen der Regierung maßgebend? Der Conflict liegt im constitutionellen Princip selbst. Wenn bloß das Eintreten soll, was das Bundespräsidium will, dann entsagen Sie dem Constitutionalismus und inaugurieren die absolute Aera. (Links: Sehr richtig.) Dem Hrn. Minister des Innern ist auf seine gestrige Ausführungen gegen das preuß. Abth. nur Eins anzugeben, nämlich, daß er sich selbst von der Theilnahme an dieser Volksvertretung vollkommen rein gehalten hat. Er ist niemals gewählt worden, wie andere seiner Collegen. Aber daß die Maßregeln, die gegen die Pressefreiheit, daß das Verfahren, welches gegen einzelne Abgeordnete beliebt wurde, nothwendig gewesen sei, um die Siege in Böhmen vorzubereiten, das wird er schwerlich nachweisen können. Im Gegenheil, wenn große Kämpfe bevorstünden, hat man sonst wohl dem Volke überall erhöhte Rechte in Aussicht gestellt. Wir sind Alle gewillt, dem Auslande die Einmischung in unsere Angelegenheiten zu vermeiden, halten es aber deshalb nicht für nöthig, unsere Rechte preiszugeben. Ich würde Sie demnach bitten müssen, sämtliche Amendements zu verwerfen und ersuche im Speziellen die Herren von der nat.-liberalen Fraction, nicht jetzt durch Unteramendement gegen ihre eigenen Beschlüsse in der Vorberathung zu Felde zu ziehen. (Bravo links.)

Graf Bismarck: M. H.! Ich muß Veranlassung nehmen, Sie nunmehr dringend zu bitten, sich wenigstens in diesem Falle für das Amendement des Grafen Eberhard von Stolberg zu erklären, oder sollten Sie bei dem Antrage des Herzogs von Ujest beharren wollen, das Unteramendement des Grafen Otto zu Stolberg anzunehmen. Geschieht dies nicht, so laufen wir Gefahr, daß uns im letzten Augenblick unserer Verabingung das Werk, das wir schon mit der Hand fassen zu können vermeinten, doch noch wieder entrollt.

Der Antrag des Grafen Eberhard Stolberg wird in Rählung mit 157 gegen 119 Stimmen abgelehnt, ebenso wird das Unteramendement Stolberg mit 156 gegen 120 Stimmen abgelehnt. 9 Abgg., darunter Blömer, Gneist, Meier (Bremen), v. Gruner u., enthalten sich der Abstimmung. Mit 3a stimmen die Conservativen und Altliberalen, die freie conservative Vereinigung und einzelne Sachsen und Hannoveraner; mit Nein stimmen die National-Liberalen, die Linke, die Polen, die Mehrzahl der Sachsen und Hannoveraner und Präf. Simson.

Der Antrag Ujest-Beinigten wird mit 202 gegen 80 Stimmen angenommen. Mit 3a stimmen die National-Liberalen, die Mehrzahl der Conservativen, die freie conservative Vereinigung, die Mehrzahl der Sachsen und Hannoveraner und auch die Altliberalen, darunter v. Binde-Hagen, bei dessen befähendem Votum unter dem Eindruck seiner Rede gegen den Antrag das Haus in eine allgemeine Heiterkeit ausbricht. — Mit Nein stimmen: die Linke, die Polen, einzelne Conservative (Armin, v. Below, v. Brandenburg, v. Bodenschwingh, v. Brauchitsch, v. Bräunck, v. Denzin, v. Goltberg, Graf Lehndorff u.), die freie Vereinigung (v. Bodum-Dolffs u.), einzelne Sachsen und Hannoveraner, endlich auch Graf Bismarck und der Abg. Mor Dunder. Der Kriegsminister v. Roon giebt seine Stimme nicht ab.

Art. 63—72 werden angenommen, ebenso ohne Debatte ein Amendement des Grafen Stolberg zu Art. 70: 1) den letzten Passus folgendermaßen zu fassen: „Insoweit die Aus-

gaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschreiben werden.“ 2) Hinter Art. 70 folgenden neuen Art. anzunehmen: „Art. ... Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Während der im Art. 60 normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Bundesheer dem Bundesrath und dem Reichstage nur zur Kenntnissnahme und zur Erinnerung vorzulegen.“

Die Abgg. Wigard und Gen. beantragen, hinter Abschn. XII. folgenden neuen Art. zu setzen: Die Verfassungen und Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten müssen den Angehörigen derselben mindestens diejenigen Rechte gewähren, welche die preuß. Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 in Tit. II., „Von den Rechten der Preußen,“ den preuß. Staatsbürgern verleiht.“ —

Abg. Wigard: Den Vertretern eines Volkes sollte es wohl anstehen, sich daran zu erinnern, daß es außer den Regierenden auch ein Volk giebt, und daß neben den Rechten der Regierenden auch das Volk seine Rechte haben muß. Der Verfassungsentwurf kennt aber kein anderes Recht des deutschen Volkes, als das noch in sehr zweifelhafter Form ausgesprochene Recht der Freizügigkeit. Eine Militär-Dictatur wird Jahre lang uneingeschränkt gebieten über Gut und Blut der Staatsbürger; im Reichstage wird künftig nicht die wahre Stimme des Volkes laut werden können. Der überschwänglichen Macht der Bundesgewalt gegenüber ist es wohl nicht zu viel verlangt, wenn wir das höchst bescheidene Maß der preuß. Grundrechte in der Verfassung aufgenommen wissen wollen. Wir können kaum glauben, daß es irgend einen preuß. Abgeordneten giebt, der diese Rechte, die er genießt, den Mitgliedern anderer Staaten verkümmern möchte. Bedenken Sie, daß keine Nation groß werden kann ohne Freiheit. Wenn Sie aber auch bei dieser letzten Position unsere Vorschläge wieder abändern wollten, nun, wir beneiden Sie um diesen Sieg nicht. Aber erinnern möchten wir Sie daran, daß so mancher vermeintlicher Sieg ein wahrer Sieg nicht war, sondern ein schwere Niederlage in sich trägt. Wir scheiden allerdings aus diesem Hause mit dem Bewußtsein der erlittenen Niederlage, sind aber deshalb nicht gebeugt und müthlos, indem wir die Uebersetzung hegen, daß die Grundzüge, die wir hier vertreten haben, dennoch später zum Siege kommen. Wir wollen auch wir nicht mehr für sie streiten können, so sind wir der Zuversicht, daß andere deutsche Männer dem deutschen Volke zu seinem Rechte verhelfen werden. (Beifall links.) — Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt; dafür nur die Linke und vielleicht 15 andere Abgeordnete, u. A. v. Carlowitz, Pascher und Baron Baerff.

Zu Art. 75 hat der Abg. Simon den Antrag eingebracht, Art. 2, wonach Verfassungstreitigkeiten in den einzelnen Ländern im Wege der Bundesgesetzgebung auszugleichen sind, zu streichen. — Abg. Simon: Nachdem durch die Besetzung der Diäten unzweifelhaft künftig hier ein Reichstag sein wird, zusammengekehrt aus Männern vorwiegend einer Richtung, wird sich derselbe sehr bald wenden gegen die Bestimmungen der Einzelverfassungen und der preuß. Verfassung, die den Regierungen nicht conveniren. Wir haben zu erwarten, daß im Wege der Bundesgesetzgebung diejenigen Verfassungsbestimmungen eliminiert werden, auf die das Volk Werth legt, die aber den Regierungen unangenehm sind. Redner bittet daher Art. 2 zu streichen und fordert schließlich den Grafen Bismarck auf, sich darüber zu erklären, ob die Regierung den gestrigen Beschluß in Betreff der Diäten so auffasse, daß es auch nicht erlaubt sein soll, außeramtliches Honorar von Vereinen zu annehmen.

Graf Bismarck: Ich glaube, daß der Hr. Borredner nicht in der Lage ist, die Absichten der Regierungen hier in der Weise interpretieren zu können, wie er es gethan hat, als könnte bei Abfassung dieses Artikels irgend einer der Regierungen der Gedanke vorgeschwebt haben, mit dieser Bestimmung etwa die Verfassungen in Breche zu legen, die augenblicklich zu Recht bestehen. Das sind Verstärkungen, mit denen man schäckerne constitutionelle Gemüther bei Wahlreden ängstigt, um sie abzuhalten, daß sie conservativ stimmen (Beifall und Murren), und es wird wohl der Regierung nicht vorgehalten werden dürfen, als ob das ernstlich in ihrer Absicht liegen könnte. Was ferner die Frage, die schon gestern in meiner Abwesenheit gestellt ist, über die Diäten betrifft, so weiß ich nicht, ob mir der Hr. Präsident gestattet, auf sie als zur Sache gehörig mit einem kurzen Wort zu antworten. (Heiterkeit. Präf. Simson macht eine bejahende Bewegung.) Ich habe in den Verfassungs-Entwurf nichts hinein zu interpretieren, was nicht darin steht; und meines Erachtens steht das darin und liegt in der gesammten Lage unserer Gesetzgebungen, daß die Regierungen ohne eine gesetzliche Unterlage nur deneu etwas verbieten können, denen sie überhaupt zu befehlen haben.

Bei der Abstimmung wird Art. 75 unverändert angenommen; ebenso 76, 77 und 78. Bei Art. 78 sagt der Abg. Riquel: Der Bedeutung dieses Artikels ist von manchen Seiten entgegengesetzt worden, daß wir zwar Süddeutschland einladen, aber fruchtlos, weil diese Staaten durch den Inhalt der Verfassung zurückgeschreckt würden. Ich weiß nun nicht, ob jene Bevölkerung den Anspruch machen kann, ein bereitses Bett vorzufinden, oder ob sie es mit bereiten helfen soll; bezweifeln möchte ich jedoch, daß die süddeutschen Völker wirklich so verwehrt sind durch constitutionelle Freiheiten. Sie werden mir wohl erlauben, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf den Gesamtkinhalt der Verfassung zu werfen. (Auf links: zur Sache!) Um die Bedeutung der Verfassung für Süddeutschland darzutun, halte ich es für nöthig, und ich glaube, es gehört zur Sache. (Präsident Simson: Nun, es ließe sich wenigstens mit diesem Alinea in Verbindung bringen.) (Heiterkeit.) Ich verkenne mit meinen Freunden durchaus nicht die Mängel, an denen der Entwurf noch leidet; ich bedauere den Wegfall der Diäten, ich bedauere, daß nicht eine vollständig constitutionelle Regierung eingeführt ist, ich bedauere den Mangel der Verantwortlichkeit. (Zur Sache!) Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß er unmöglich in dieser Weise fortfahren dürfe. In Folge dessen verläßt Redner die Tribüne.

Während der zweiten Hälfte der Sitzung sind der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Carl, Albrecht (Sohn) und August von Württemberg in die Hofloge eingetreten.)

Der Präsident schreitet nunmehr zur namentlichen Abstimmung über das Ganze des Verfassungs-Entwurfs, wie er durch die Vorberathung und durch die Schlussberathung verändert worden ist. Es fehlen bei dieser letzten Abstim-

mung als krank oder beurlaubt die nordschleswigschen Abgg. Ahlmann und Kryger, v. Nothschild, Alf-Becker, Gr. Bauhoff, Fürst Czartoryski, Delowski, v. Kleinsorgen, Knapp, Dr. Koe, Dr. Keuning, Dr. v. Schend, im Ganzen 12 Abgeordnete. Es nehmen Theil an der namentlichen Abstimmung 283 Mitglieder, davon stimmen mit 3a (für den Verfassungs-Entwurf) 230 (darunter die Minister Graf Bismarck und v. Roon, Prinz Friedrich Carl u.). Mit Nein (gegen den Verfassungs-Entwurf) 53 Mitglieder, nämlich die Linke, die Polen, einige Katholiken und ein Theil der conservativen Particularisten: die Abgg. Ansfeld, Baumbach, Bebel, Becker, Bockelmann, v. Bothmer, Bonnes, v. Chlapowski, v. Czarsinski, Donimirski, Duncker (Berlin), Dr. Eichholz, Erleben, Evans, v. Graebe, Groot, Haberkorn, v. Hammerstein (Hannover), Heubner, Jhr. v. Hilgers, Holzmann, v. Jachowski, Jensen, Kantak, v. Mallinckrodt, Zur Mege, Mindwig, Motth, v. Münchhausen, v. Negolewski, Nehmichen, Pilaski, Jhr. v. Proff-Früh, Reichenberger, Richter, v. Rössing, Rohden, Rüdert, Runge, Schaffrath, Schrader, Schrapf, Schulze, Szuldrzynski, Trip, v. Wächter, Waldeck, Wegner, Wegholz, Wigard, Wiggers (Berlin), (Wiggers-Kosted stimmt mit 3a), Windthorst, Winkelmann.

Der Präsident Simson: Der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie er aus unseren Beratungen hervorgegangen ist, ist hiernach mit der höchst überwiegenden Majorität des Reichstages angenommen worden. M. H.! Es wird mir sehr schwer, der tiefen Bewegung, in der bei diesem Ergebnis sich gewiß jedes Mitglied der Versammlung befindet, keinen Ausdruck zu geben. Ich versage es mir aber in dem Gefühl, daß es mir nicht ansteht, der Würdigung, die unsere Arbeit morgen an einer anderen Stelle finden wird, mit dem Ausdruck meiner Auffassung oder auch nur mit dem Ausdruck meiner Wünsche vorzugreifen. Ich hoffe, das Haus wird dies Motiv der Convenienz als ein gerechtfertigtes anerkennen. (Beifall.)

Abg. Kantak: Nachdem wir in der Sitzung vom 18. März gegen die Kompetenz der Versammlung zur Einverleibung der ehemaligen polnischen Landesheile in den Norddeutschen Bund Protest eingelegt haben, dessen ungeachtet durch die Annahme des Verfassungs-Entwurfs diese Einverleibung ausgesprochen ist und wir durch unsere Abstimmung gegen den ganzen Entwurf unsererseits die letzten Mittel, diesen Gewaltact zu verhindern, erschöpft haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt, und legen hiermit unsere Mandate nieder. (Unruhe.)

Präf. Dr. Simson: Durch die Niederlegung Ihres Mandats entziehen Sie sich zugleich dem Ordnungsruf, der Sie zweifellos getroffen hätte für das Unternehmen, einen Beschluß dieses hohen Hauses mit dem Worte „Gewaltact“ Ihrerseits brandmarken zu wollen. Ob Ihnen dies gelungen ist, ist eine ganz andere Frage. Mich dünkt, über diesen Protest wird die Geschichte ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über alle bisher von Ihnen eingelegten Proteste. (Stürmischer Beifall.) — Schlussitzung morgen.

Politische Uebersicht.

In der luxemburgischen Frage liegt nichts Neues vor. Man meldet, daß lebhaftere Verhandlungen zwischen Wien und Paris stattfinden, aber über Inhalt und Richtung derselben verlautet noch nichts. Daß der Rücktritt Riccajoli's, der bekanntlich ein entschiedener Anhänger der Allianz mit Preußen ist, in Italien mit dieser Frage im Zusammenhang steht, wird allgemein als sicher angenommen. Schon vor dem Eintritt Riccajoli's in das Ministerium soll, wie das Wiener „Baterland“ mittheilt, Napoleon III. und Victor Emanuel über eine zwischen Italien und Frankreich abzuschließende Allianz einig gewesen sein.

Obwohl im Augenblick einige Stille eingetreten ist, so ist doch kein Vertrauen auf die Haltbarkeit des Friedens. Die Geschäftstodung, sagt die „L. C.“, welche seit einigen Wochen sich bemerkbar gemacht hat, muß nothwendiger Weise die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, denn in ihr liegen, wenn sie nicht bald durch die Gewisheit eines andauernden Friedens überwunden wird, die Keime einer Geschäftskrise, welche die des vorigen Jahres in ihrer zerstörenden Wirkung weit übertreffen dürfte. Allerdings lauten seit einigen Tagen die Nachrichten friedlicher, aber wenn dies auch auf den Börsenverkehr einen bemerkbaren Einfluß hat, so zeigt sich doch gar kein Einfluß auf den industriellen Verkehr. In diesen Kreisen wagt man nicht, sich in weitläufige Speculationen einzulassen.

Die Einberufung des preussischen Landtages wird, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, zum 29. April erfolgen, die Dauer seiner Session aber keine sehr lange sein, da es die Absicht der Regierung ist, ihn nur ad hoc einzuberufen und ihm auch für den Norddeutschen Verfassungs-Entwurf keine weiteren Vorlagen zu machen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß in der einundzwanzigtägigen Pause zwischen der ersten und zweiten Abstimmung über die, durch die Norddeutsche Bundesverfassung bedingte Abänderung in der preuß. Verfassung, eine Vertagung der Sitzungen eintreten wird.

Berlin, 16. April. Die Emmission der neuen preussischen Anleihe, die zur Deckung des außerordentlichen Geldbedarfs der Militär- und Marineverwaltung bis zur Höhe von 30 Millionen \mathcal{M} aufgenommen werden soll, ist nunmehr definitiv bis zum Juli d. J. aufgeschoben.

Der „Magdeb. Ztg.“ wird von hier von einem Officiösen geschrieben: Durch den am 27. Juli 1839 geschlossenen Vertrag sind die Rechte der älteren (herzoglichen oder waltamischen) nassauischen Linie völlig gesichert. In dem Artikel 4 heißt es: „Die Rechte der waltamischen Linie des Hauses Nassau auf das übrig bleibende Großherzogthum Luxemburg, Stadt und Bundesfestung dieses Namens darin mitbegriffen, bleiben in ihrer ursprünglichen Kraft und bestehen unter den nämlichen Garantien fort, welche durch die Wiener Congreßacte geleistet worden sind.“ Wie wäre es, wenn nun Preußen auf Grund der Besitzergreifung von Nassau die Rechte des nassauischen Hauses in Anspruch nähme?

— Der heutige „Staatsanz.“ enthält das Genossenschaftsgesetz vom 27. März 1867.

Der „Maschinenbau-Arbeiter-Verein“ wählte Sonntag einen Deputirten zur Pariser Ausstellung und beschloß, ihm folgenden Gruß an die Pariser Arbeiter mitzugeben: „Die Maschinenbau-Arbeiter Berlins erklären: Wir verabschonen jeden Krieg, und halten besonders einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland für gleich sehr schädlich den Interessen der Civilisation und der Freiheit. Wir wissen, daß beide Völker auf ihren weiten, schönen Gebieten Raum genug haben, um frei, glücklich und friedlich nebeneinander zu leben, und daß nur die Hegeleben derer, die ein Interesse daran haben, der hohen Gewalt über Recht und Freiheit zum Siege zu verhelfen, die Völker zu gegenseitigem Haß und

um Neide aufzustacheln suchen. Wir sind überzeugt, daß der Arbeiter nichts zu schaffen hat mit dem Vorbeer des Krieges, denn dieser Vorbeer wurzelt in den, mit den Gebeinen der Arbeiter gebügten Schlachtfeldern, ist besetzt mit den Thränen der Wittwen und Waisen und ist beladen mit den Fäden verhungerner Arbeiter. Wir halten die Concurrenz der Arbeit für die einzige unserer Cultur entsprechende Wahlstatt und den gemeinsamen Kampf sämtlicher Nationen für die Freiheit gegen die Feinde derselben, für den einzigen unserer würdigen Kampf. So senden wir unsern französischen Brüdern unsern friedlichen Gruß."

Der Probst Kunze zu Kiebel und der Probst zu Odra schreiben an die Redaction der „Köln. Ztg.“, daß sie wegen der Angaben in der Reichstagsrede des Grafen Biemarck vom 19. März über ihre Wahlagitationen gegen denselben klagbar geworden seien.

Frankreich. Paris, 14. April. (R. Z.) „So sehr gespannt auch die Situation noch vor 8 Tagen gewesen, so nahe man selbst einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen war“, hat Rouher gestern Abend gesagt, „so sicher ist doch jetzt die Aussicht, den Frieden erhalten zu sehen.“ Dies ist die officiell-französische Version der ersichtlich friedlichen Stimmung, die seit etwa drei Tagen sich geltend macht; da sie aber wenig in das Ensemble anderweiter Informationen paßt, wird man wohl thun, diese ministerielle Communication mit einer gewissen Reserve aufzunehmen. Wurden doch eben noch sämtliche auf Semesterurlaub befindliche Soldaten zu den Fahnen einberufen. Ebenso wurden die Unterofficiere aller Infanterie-Regimenter mit Chassepot-Gewehren versehen, um den Soldaten theoretischen Unterricht in der Kunst, mit denselben zu manövriren, zu ertheilen.

[Agitation gegen Preußen im Roman.] In dem neuen Journale „La Situation“ wird A. Dumas père mit einem Roman unter dem Titel: „La terreur prussienne à Francfort en 1866“ debütiren, zu welchem ihm allerlei bisher ungedrucktes Material zur Verfügung gestellt worden wäre.

Danzig, den 17. April.

[Stadtverordneten-Sitzung am 16. April.] Stellvertreter des Vorsitzenden Hr. A. Damme, Vertreter des Magistrats die H. B. Bürgermeister Dr. Einz und Regierungsrath Syndicus Pfeiffer. Der Vorstand des hiesigen Fleischer-Gewerks hat eine Abschrift einer Petition an den Magistrat eingereicht, worin er um Abstellung des Uebelstandes ersucht, daß die Verkäufer des von auswärts eingeführten Fleisches auf dem Holzmarkt den Verkehr hemmen, den Weg zu den Fleischbänken absperren und dadurch den hiesigen Fleischern, die die Steuern zahlen mußten, eine ungerechtfertigte Concurrenz machen. Außerdem sei das von auswärts eingeführte Fleisch oft von krankem Vieh und der Gesundheit schädlich. Die Petenten wünschen, daß den Fleischverkäufern auf dem Holzmarkt, auf Niederstadt u. Plätze angewiesen würden. Hr. Bürgermeister Dr. Einz erklärt, daß der Magistrat auf die an ihn gerichtete Petition bereits geantwortet habe, und zwar, daß der Magistrat in Bezug auf verschiedene Punkte in der Petition nicht die competente Behörde sei, sondern die Polizei. Die Petenten müßten sich daher an diese Behörde wenden. Im Uebrigen sei der Magistrat nicht berechtigt, die durch die auswärtigen Fleischverkäufer entstehende Concurrenz zu beseitigen. Hr. J. E. Krüger ist ebenfalls der Meinung, daß volle Gewerbefreiheit bestehen müsse; er hebt aber hervor, daß die Petenten allerdings für den ganzen Betrag des von der Vermahlung nicht thun und müsse man sich bei der Erklärung des Hrn. Bürgermeisters beruhigen. Hr. Dr. Lévin ist der Meinung, daß, wenn die Behauptung der Petenten betr. die Einführung von fremdem Fleisch richtig, es sehr wünschenswerth sei, daß dagegen eingeschritten würde. Die competente Behörde dazu sei die Polizeibehörde. Aber eine auswärtige Concurrenz zu beseitigen, das möge immerhin im speciellen Interesse der Petenten, aber nicht im allgemeinen Interesse liegen. — Die Vermahlung geht zur Tagesordnung über.

Die Vermietung einer Wohnung auf dem Bleiche und die Prolongation eines Miethecontractes werden genehmigt. — Das im Besitz der älteren Bording-Abbederei-Gesellschaft seit Jahrhunderten befindliche Grundstück zwischen Lastade und Wottlau, das „Bordingfeld“, soll nach Regulirung des Hypothekensystems veräußert werden. Der Magistrat hat nun Namens der Commune zu den Aufgebots-Acten angezeigt, daß seit uralten Zeiten eine öffentliche Fahrstraße auf dem Bordingfelde vorhanden gewesen sei, welche in der Verlängerung der Richtung dem Unterschiedelgasse vom Buttermarkt herkommend und zwischen dem jetzt Geroldischen Grundstück und dem von der Stadt gehörigen Holzhofe (Lastade Hyp.-Nr. 60) in gerader Richtung zu dem Wassergrange, welcher dem Pumpengange gegenüber liegt, und dann weiter bis zur Thornschen Gasse geführt habe und durch welche also das Bordingfeld durchweg getheilt worden sei. Wegen dieses Vegeterrains sind demgemäß auch der Stadt ihre etwaigen Rechte in dem Präklusionskenntniß vorbehalten worden. Die Bordinggesellschaft bestreitet das Vorhandensein einer solchen der Stadtgemeinde zustehenden Wegegerechtigkeit oder des Eigenthumsrechts an einem Vegeterrain und beruft sich vornehmlich darauf, daß jedenfalls das Bordingfeld seit länger als 50 Jahren dem öffentlichen Verkehr, vornehmlich auch jeder öffentlichen Fahrstraße, verschlossen gewesen ist. Sie hat sich jedoch, da die Actionäre eine Auseinandersetzung wünschen, und da ein Prozeß diese auf mehrere Jahre hinausziehen würde, zu einem Vergleich bereit erklärt, wonach die Stadt, wenn sie auf ihre Präklusionsverzicht, ein 11/2 □ Ruthen großes Stück des Bordingfeldes abgetreten erhalten soll, welches unmittelbar an den städtischen Holzhof Nr. 60 stößt, und mit demselben vereinigt werden kann. Magistrat hat das freitretige Rechtsverhältnis einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, bemerkt aber, daß auch ein zweifelloses Recht der Stadtgemeinde gegen jenes Aequivalent immerhin aufgegeben werden könnte, da die Eröffnung einer Fahrstraße über jene Holzfelder mit Unkosten verbunden sein würde (Pflasterung, Abwasserung, Beleuchtung), welche mit den zu erreichenden Vorteilen in großem Mißverhältnisse stehen, und um so mehr, als die geringe Breite des alten, doch nur für Holzwagen zu passirenden Weges die Herstellung einer bequemen und der großen Frequenz nach der Eisenbahn entsprechenden Passage durchaus nicht gestattet. Magistrat beabsichtigt nach Genehmigung des Vorschlages die Straße an der Lastade zu verbreitern. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die H. Dr. Lévin, Devrient, Schirmacher, Güttner, Gybeneth betheiligten, und in welcher vornehmlich davon abgerathen wird, ein Recht der Stadt aufzugeben, gegen dessen Wichtigkeit das gebotene Aequivalent in gar keinem Verhältnisse stehe, während Hr. Regierungsrath Pfeiffer nachzuweisen sucht, daß die Rechtsfrage der grundsätzlichen Untersuchung Seitens des Magistrats unterworfen worden sei, derselbe es aber im Interesse der Stadt halte, auf den Vergleich einzugehen, — stellt es sich heraus, daß die der Vorlage beigelegte Karte durch mangelhafte Zeichnung Veranlassung zu irrthümlichen Ansichten über das Sachverhältnis gegeben hat und beabsichtigt daher die Versammlung auf Antrag des Hrn. Dr. Lévin, den Beschluß über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen und den Magistrat zu ersuchen, bis dahin eine andere Karte anfertigen zu lassen, welche die thatsächlichen Verhältnisse deutlicher erkennen läßt, namentlich aber das Terrain des Bordingfeldes, des Hayschen Holzfeldes und des Kahnenführerfeldes besser verdeutlicht. Bei dieser Gelegenheit theilte der Herr Magistrats-Commissarius mit, daß die Stadt in dem Prozeß gegen Hrn. Fr. Heyn wegen des über sein Holzfeld führenden Weges in 3 Instanzen siegreich gewesen sei. — Die in voriger Sitzung durch Hrn. Güttner gestellte Interpellation über die Verwendung des im Depositorio verwalteten Fonds der ehemaligen Nachtwächter-Sterbelasse beantwortet Hr. Bürgermeister Dr. Einz heute dahin, daß aus den Zinsen drei frühere sog. Thurnpfeifer ihre Pension beziehen und ein

kleiner Rest in die Kasse der Feuerwehr zur Verwendung bei Begräbnissen oder dergl. fliehe.

Es folgt dann die Vorlegung des neuen Vertrages zwischen Stadt und Lazareth. Wir haben die Hauptzüge des Vertrages gestern mitgeteilt. Nach einer kurzen Discussion beschließt die Versammlung den Vertrag einer Commission (bestehend aus den H. P. Pregel, Pivko, Breitenbach, J. E. Krüger, Gibone und Biber) zur Berichterstattung zu übergeben. (Näheres morgen.)

* Die bisherigen Abgeordneten für die Gewerbesteuer-Klasse A. II., die Herren Biber, J. Cohn, R. Damme, C. A. Pugin und Ed. Löwen, laden ihre Wähler, die Mitglieder der Handelsklasse A. II., zu einer Versammlung auf morgen Abends 7 Uhr nach dem Gewerbehause ein. Die Kgl. Regierung hat nämlich dem Magistrate angezeigt, daß die genannten Herren nicht die Eigenschaften besäßen, welche zum Abgeordneten für die qu. Gewerbesteuerklasse erforderlich seien, und ist in Folge dessen eine Neuwahl auf den 20. April c. anberaumt. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung steht: Bericht der bisherigen Abgeordneten über ihre Amtsführung und Darlegung der Vorgänge, welche zu der erwähnten Maßregel der K. Regierung geführt haben. Die Angelegenheit ist in unserer Zeitung bereits ausführlich besprochen und wir werden morgen in einem letzten Artikel nochmals darauf zurückkommen. Die Sache ist von so allgemeinem Interesse, daß für die Versammlung nicht nur eine zahlreiche Betheiligung der speziell Eingeladenen, sondern auch der zu den Handelsklassen A. I. und B. Gehörenden zu erwarten ist.

Elbing. (Elb. A.) Den Nachrichten aus den oberen Strom-gegenden zufolge, ist die Weichsel, nachdem sie schon mehrere Fuß gefallen war, wieder im Steigen, und haben wir demnach auch hier unterhalb mit höchstem höheres Wasser zu erwarten.

Stadt-Theater.

*** Das Interesse für das Gastspiel des Hrn. Baudius und des Herrn Baumeister steigt sich mit jeder Vorstellung. Der gestrige Abend brachte uns ganz vortreffliche Leistungen der Gäste. Das liebliche Goethe'sche Idyll „die Geschwister“ war in dieser Darstellung eine wahrhafte Kunstleistung. Die schlichte, herzgewinnende und rührende Annah Mariannens kann nicht einfacher, wahrer und natürlicher gezeichnet werden, als es durch Hrn. Baudius eintrefflich in Erscheinung, Wort und Geberde geschah. Und nicht minder gelang Hrn. Baumeister die Verbindung von Einfachheit und Ernst in dem Charakter Wilhelms. Wir müssen hinzufügen, daß auch Dr. Loring durch verständige Behandlung der Rolle des Fabrice zum Gelingen des Ganzen bestens beitrug. — Es folgte ein hier neues Lustspiel von Sardou, „Platteruch“, das in seiner ausgefallenen Lustigkeit in ebenso starkem Gegenfag zum ersten Stücke steht, als seine beiden Hauptgestalten, Champagnac und Camilla, zu dem Goethe'schen: Geschwisterpaar. Dieser Contrast bewies eben die künstlerische Bedeutsamkeit beider Gäste. Sie sorgten in rühmlichem Wettstreit dafür, daß das Publikum während der drei Akte aus der Feiterkeit nicht heraus kam. Sie wurden übrigens durch Hrn. Albert (Constante), Hrn. Göbel (Rivier) und Hrn. Köstke (Fidelin) trefflich unterstützt. — Es ist zu bedauern, daß der schnelle Verkauf des Gastspiels nicht eine Wiederholung der gestrigen Vorstellung hoffen läßt. Jedenfalls lassen auch die folgenden Darstellungen einen reichen Genuß erwarten, da wir lange nicht so talentvolle und trefflich geschulte Repräsentanten des Conversationsfachs, wie es Hrn. Baudius und Hr. Baumeister sind, hier zu sehen Gelegenheit hatten.

Börsennotizen der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. April. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min. Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Roggen schwankend.		Weizen loco.		Roggen loco.	
60	59 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Frühjahr	59 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Gerbst	55	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Rübel April	11 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Spiritus April	17	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
5% Pr. Anleihe	101 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
4% do.	97 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2
Staats-Schuld.	81 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2	76 1/2

Fondsbörse: schwankend.

Hamburg, 16. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, aber ruhig, 74 April 5400 Pfund netto 162 Bancothaler Br., 161 Sd., 74 Frühl. 160 Br., 159 1/2 Sd. Roggen loco sehr fest, für Termine steigende Tendenz, 74 April 5000 Pfd. Brutto 103 Br., 102 Sd., 74 Frühl. 102 Br. und Sd. Hafer fest, Mecklenburger 79. Del fest, loco 25 1/2, 74 Mai 25 1/2, 74 Oct. 26 1/2. Spiritus leblos, unverändert. Kaffee 1000 Sack Laguna verkauft. Zink ohne Umsatz. Wetter veränderlich.

Amsterdam, 16. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco behauptet, Termine 1 1/2 % höher.

London, 16. April. Consols 90%. 1% Spanier 30 1/2. Italienische 5% Rente 48. Lombarden 14%. Mexikaner 15 1/2. 5% Russen 86%. Neue Russen 86%. Silber 60%. Earl. Anleihe de 1865 27%. 6% Ver. - St. 74 1882 71 1/2 excl. div. — Hamburg 3 Monat 13 7/8 % B., Wien 13 % 40 Kr., Petersburg 30% — Regen.

Liverpool, 16. April. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Guter Markt. Middling Amerikanische 12, middling Orleans 12 1/2, fair Dhollerah 10 1/2, good middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 9 1/2, Bengal 7 1/2, good fair Bengal 8 1/2, Domra 10 1/2, Pernam 13 1/2, Egyptian 15 1/2.

Paris, 16. April. Schlussskurs. 3% Rente 66, 57 1/2. Italienische 5% Rente 48, 60. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 380, 00. Credit-Mobiliar-Aktien 368, 75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 375, 00. Oesterreichische Anleihe de 1865 313, 75 pr. Act., 6% Ver. - St. 74 1882 (ungekuppelt) 80% coup. det. A. der Börse herrschte Unentschlossenheit. Die 3% Rente, die zu 66, 75 eröffnete, wich auf Notiz. In Liquidation wurden gehandelt: Italienische Rente zu 48, 60, Credit-Mobiliar zu 370, 00, Lombardische Eisenbahn zu 375, 00, Staatsbahn zu 380, 00. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 1/2 gemeldet.

Paris, 16. April. Rübel 74 April 95, 50, 74 Mai-Aug. 97, 50, 74 Sept.-Dec. 97, 50. Mehl 74 April 76, 50, 74 Juli-Aug. 77, 50. Spiritus 74 April 63, 60.

Antwerpen, 16. April. Petroleum, raff. Type, weiß, matt, 46 1/2 Frck. 74 100 R.

Danzig, den 17. April. Bahnpreise.

Weizen mehr oder weniger angewachsen, hant und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 Sd. von 80/85/90 — 92/95/97 — 98/100/102 % B.; gesund, gut hant und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 Sd. von 100/102 % — 105/107 108/110/112 % B. 74 85 Sd.

Roggen 120—122—124 % von 64 1/2 — 65 1/2 — 66 1/2 % B. 74 81 % Sd.

Erbisen 60—62/65 % B. 74 90 %.

Gerste, kleine 98/100—103/4—105/6—108 % von 46/47—48/50—51/52 % B., große 105/108—110/112—115 Sd. von 51/52 — 53/54 — 55 % B.

Hafer 32—33 % B. 74 50 %.

Spiritus 16 1/2 % B. 74 800 % Tr.

Getreide-Börsen. Wetter: regnerisch. Wind: W.

Bei dem anhaltenden Regenwetter konnte unser Markt auch heute noch nicht reichlicher mit Weizen zugeführt werden, deshalb blieb etwaige Kaufkraft dafür auch wohl zurückhaltend. Umgesetzt sind nur 100 Lasten; diese brachten gestrige Preise. Bunt 121 % B. 550, roth 127 % B. 600, bunt 125/6 % B. 625, hellbunt 125 % B. 640, Sd. 645, 126, 126/7 % B. 650 % B. 5100 % B. — Roggen fest, 122 % B. 393, 396 % B. 4910 %; Umsatz 10 Lasten. — Weiße Erbsen 369 % B. 5400 % B. — Spiritus 16 1/2 % B.

Elbing, 16. April. (R. Z. A.) Weizen hochbunt, etwas krank, besetzt 126/128 % B. 98 % B., roth besetzt 123 % B. 91 1/2 % B. — Roggen gesund 119—120 % B. 60 % B., mit Geruch 122/3 % B. 60 % B. Frühjahrs-Biefer. 121—122 % B. 60 % B. 80 Sollsfd. — Gerste große braunspizig 112 % B. 51 % B. Schfl. — Hafer ud Erbsen ohne Zufuhr. — Bohnen 62 % B. — Wicken 48—56 % B. — Kleesaat, weiß 14—23 % B. 74 % B., grün 20 — 33 % B. 74 % B. — Thymothee % B. 10—11 % B. — Spiritus bei Partie 16 1/2 % B.

Rönigsberg, 16. April. (R. Z. B.) Weizen hochbunter 126 % B. 82 % B. 105 % B. bez., 127 % B. 105 % B. bez., bunter 74 85 % B. 95/108 % B. Br., rother 127 % B. 102 1/2 % B. bez., Roggen 122 % B. 64 % B. bez., 128/129 % B. 70 % B. bez., 74 80 % B. April 66 % B. Br., 65 % B. Br., 74 Frühl. 66 % B. Br., 65 % B. Br., 65 % B. bez., 74 Mai-Juni 66 % B. Br., 64 1/2 % B. Br., 65 % B. bez. — Gerste 74 70 % B. große 48/55 % B. Br., 50 % B. 68 % B. bez., kleine 48/53 % B. Br. — Hafer 74 50 % B. 34/36 % B. Br., 34/35 % B. bez., 74 Frühl. 36 % B. Br., 34 1/2 % B. Br. — Erbsen 74 90 % B. weiße 55/66 % B. Br., graue 60/88 % B. Br., grüne 55/66 % B. Br. — Bohnen 74 90 % B. 55/70 % B. Br. — Wicken 74 90 % B. 36/56 % B. Br. — Leinfaat 74 70 % B. fein 85/95 % B. Br., mittel 65/85 % B. Br., ordinäre 35/60 % B. Br. — Kleesaat, rothe 14/22 % B. Br., weiße 14/26 % B. Br. — Thymothee 8/11 % B. 74 % B. Br., 9 1/2 % B. bez. — Leinöl ohne Faß 13 1/2 % B. 74 % B. Br. — Rübel ohne Faß 11 % B. 74 % B. Br. — Leinölchen 63/70 % B. 74 % B. Br. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2 % B. Br., 17 1/2 % B. Br., 74 Frühl. ohne Faß 17 1/2 % B. Br.

Stettin, 16. April. Weizen loco 74 85 % B. gelber und weißbunter 86—94 1/2 % B., geringer 80—85 % B. bez., 83/85 % B. gelber 74 Frühl. (gestern noch 91 1/2 — 92 % B. bez.), 92 1/2 — 91 1/2 % B. bez. — Roggen 74 2000 % loco 57 1/2 — 60 % B. Frühl. 58 % B., 58 1/2 % B. bez. u. Sd. — Gerste 69/70 % B. Schlef. Frühl. 48 % B. bez., Sept.-Oct. 40 % B. bez. — Hafer loco 74 50 % B. 31—32 % B., 74 Frühl. 47/50 % B. 32—32 1/2 % B. bez., Mai-Juni 32 1/2 % B. Br. — Erbsen ohne Umsatz. — Rübel loco 11 1/2 % B. Br., April-Mai 11 1/2 % B. bez. u. Sd., 1/2 % B. Br. — Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 % B. bez. u. Sd., Frühl. 16 1/2 % B. bez. — Sering, Schott. crown und full Brand 12 1/2 % B. tr. bez., Jhlen 9 % B. tr. bez. — Blauholz, Laguna 3 1/2 % B. bez.

Berlin, 16. April. Weizen 74 2100 % loco 75—91 % B. nach Dual, 74 2000 % April-Mai 85—84 % B. verl. — Roggen loco 74 2000 % 60—60 1/2 % B. nach Dual, Frühl. 60 1/2 — 59 — 1/2 % B. verl. — Gerste loco 74 1750 % 44 — 52 % B. nach Dual. — Hafer loco 74 1200 % 28 1/2 — 31 1/2 % B. nach Dual. — Erbsen 74 2250 % Kochwaare 53—66 % B. nach Dual, Futterwaare do. — Rübel loco 74 100 % ohne Faß 11 1/2 % B. — Leinöl loco 13 1/2 % B. Br. — Spiritus 74 8000 % loco ohne Faß 17 1/2 % B. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2 — 5 % B., Nr. 0. u. 1. 5 1/2 — 4 1/2 % B., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2 — 4 % B., Nr. 0. u. 1. 4 1/2 — 3 1/2 % B. bez. 74 % B. unveräußert.

Breslau, 16. April. Für rothe Kleesaat war schwache Frage, alte 12—16 % B., neue 15 1/2 — 18 — 18 1/2 % B.; weiße Saat ohne Handel, ord. 16—20 % B., mittel 21—24 % B., feine 25—26 % B., hochfeine 27—28 % B. — Thymothee still, 10 1/2 — 12 1/2 % B.

Siehe.

Berlin, 15. April. (B. u. S. Z.) An Schlachtvieh waren auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf angetrieben: 1433 Stück Hornvieh. Der Handel verlief zwar lebhafter als vormöthentlich, jedoch ohne besonders höhere Preise zu erzielen; die in Holland andauernde Grenzsperrung veranlaßte die Käufer aus der Rheinprovinz wiederholt, hier größere Ankäufe zu realisiren; für erste Qualität wurden 16—17 % B. und auch darüber, zweite 14—15 % B. und dritte 8—10 % B. 74 100 % Fleischgewicht gewährt. — 3415 Stück Schweine. Die Zufuhr überstieg die vormöthentliche um circa 600 Schweine, besonders mit guter fetter Mecklenburger Waare, die daher zu gedrückten Preisen verkauft werden mußte, während Landtschweine mehr gesucht waren; nach anßerhalb fanden keine Verkäufe statt und wurde auch der Markt von der Waare nicht ganz geräumt; feinste galt 16—17 % B., mittel 13—14 % B. und ordinäre 12 % B. 74 100 % Fleischgewicht — 4584 Stück Schafvieh. Da Exportgeschäfte nicht ausgeführt wurden, war eine Preissteigerung bei der bedeutenden Zutritt nicht zu erreichen; die letztmöthentlichen gedrückten Preise blieben daher unverändert; 50 % Fleischgewicht schwerer Kern-Waare wurden mit 8 1/2 % B. und 40 % mit 6 1/2 % B. bezahlt. — 1340 Stück Küber erzielten nur Mittel-Preise.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 16. April 1867. Wind: WSW. Angekommen: Chapman, Safeguard, Hartlepool; Hoikolo, Talty, Keith; beide mit Kohlen. — Brinkmann, Solon, Straßund, Schlemmkeide. — Petersen, Lyna, Rudjööbing, Ballast. Den 17. April. Blad West. Angekommen: Newton, Larfit, Sunderland; Swanson, Gibeey, Cokenzie; Wilson, Esq o Down, Hartlepool; beide mit Kohlen. Albers, Maria, Amsterdam, Thonerbe. Gejagelt: Donke, Ida (SD.), London, Getreide. Ankommend: 5 Schiffe.

Verantwortlicher Redacteur: S. Ridert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

April	Barom. Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
16	4 328,68	+ 4,0	W. stark, bedeckt, Regen.
17	8 329,24	+ 4,0	W. mäßig, bewölkt.
12	328,79	+ 7,0	W. do. do.

Das politische Barometer zeigt Sturm; um sich über das heraufziehende Wetter zu orientiren, braucht eine gute Specialkarte; als die beste und neueste empfiehlt sich Ravensteins Karte der Rheinlande, welche in großem Maßstab ganz West-Deutschland, das nordöstliche Frankreich, Luxemburg mit den östlichen Provinzen von Belgien und Holland umfaßt. Preis 15 Sgr. Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen, und in allen Buchhandlungen vorräthig. [724]

Berliner Fonds-Börse vom 16. April. Eisenbahn-Aktien. Tabelle mit Spalten für Aktiennummern, Kurse und Dividenden.

Preussische Fonds. Tabelle mit Spalten für verschiedene Staatsanleihen und Schuldverschreibungen.

Rur- u. N. Rentenbr. Tabelle mit Spalten für Rentenversicherungen und Anleihen.

Wechsel-Cours vom 16. April. Tabelle mit Spalten für Wechselkurse von Amsterdam, Hamburg, London, Paris, etc.

Für die drei oberen Classen des Gymnasiums richte ich, vom 1. Mai ab, einen neuen Coursus für den Unterricht in der englischen Sprache ein.

Königliche Preuss. Lotterie-Loose. Hauptziehung 4. Klasse 135. Lotterie, Anfang 18. April cr. 1/4 Loose 16 Thlr., 1/2 = 8 Thlr., 3/4 = 4 Thlr., 1 = 2 Thlr., 1/1 = 1 Thlr.

Echten Mainzer Handkäse. in delikater Waare, erhielt neue Sendung und empfiehlt pro Stück 1 Sgr.

In einer anständigen Familie findet ein Knabe, der hier die Schule besuchen soll, gegen 70 Thlr. jährlicher Pension liebevolle Aufnahme.

Zu der am 18. April beginnenden (4. Klasse) Haupt-Ziehung, König. Preuss. Lotterie erlaube ich auf gedruckten Antheilscheinen:

Leo Lefson, Wäsche-Fabrik, Berlin, Hausvoigteiplatz 4, in Leipzig nicht vertreten.

Altes Meissner Porzellan. direct von der Fab. Das Haas röhren für 1 Person 20 Sgr.

Compagnon-Gesuch. Zu einem rentablen Geschäft in Danzig, das schon seit 5 Jahren besteht und einen jährlichen Reingewinn von 1000 - 1500 Thlr. nachweist.

Obstbaumpflege — Obstproduction — Obstconservation.

Um den vielfachen Schädigungen der Obsterträge durch Frost, Dürre etc. vorzubeugen, benutze ich seit 15 Jahren bei Pflege der Bäume ein Verfahren, welches mir alljährlich reiche Obsternten sichert.

Bairisch-Bier-Niederlage

für Danzig, Neufahrwasser u. Umgegend bei Herrn H. Schwabe, Langenmarkt 47 und Breitesthor 134, errichtet haben.

6 hochfette Ochsen

im Durchschnitt 11 1/2 Ctr. schwer, stehen zum Verkauf auf dem Dom. Gulbier bei Dr. Eyslau.

Reffource „Einigkeit“ zu Braut

im Gasthause des Herrn Rucks. Am 2. Feiertage beginnt das Theater präcise 8 Uhr.

Apothekere N. Reynal & Co.

- 1. Vinderder Brust-Syrup, H. Fion. Hochgeschätzt wegen f. mediz. Werths gegen Schnupfen, Catarrhe, Asthma, Keuchhusten, Grippe etc. 2. Pate George von Spinal. Süßholz-Brustbonbons.

Frankfurter Aepfelwein

(eigenes Gewächs), von vorzüglicher Güte, zur Kur, sowie als Labretant, empfiehlt pro Dm (180 Flaschen) 8 Sgr.

Preiswürdige Nittergüter

wie andere Besitzungen in jeder Größe etc., belegen in Ost-, Westpreußen, Pommern, Polen, der Mark Brandenburg und Schlesien.

Danziger Stadt-Theater

Donnerstag, den 18. April (Abonn. suspendu). Abschieds- und Benefiz-Vorstellung der K. K. Oper.

Salon zum Haarschneiden und Frisiren

so wie Lager von Parfümerien, Galanterie, Bürsten, Kämmen, Cravatten, Schlipse, Schawls, Stöcke und andere Waaren empf. angelegentlichst Louis Willdorf, Ziegenz. 5.

Bestes doppelt raffin. Petroleum

empfangt und empfiehlt in Originalgebunden billigt Carl Schmarcke.

Ein vorzüglich erhaltenes Flügel-Fortepiano

ist höchst preiswürdig Langgasse 35 zu verkaufen.

Morgens Donnerstag, den 18. d. M.

Ausstellung von Landchaftsitzigen im grünen Thor, zum Besten der (Victoria-) Rational-Invaliden-Stiftung.

Gebrannten Gyps zu Gypsdecken

und Stuck offerirt in Centnern und Fassern C. N. Krüger, Altst. Graben 7 - 10.

Sultan-Rosinen in Trommeln

und ausgewogen offerirt billig Carl Schmarcke.

Ungarische Pflaumen

13 Pfd. 1 Thlr. empfiehlt J. G. Amort, Langgasse 4.

Morgens Donnerstag, den 18. d. M.

Ausstellung von Landchaftsitzigen im grünen Thor, zum Besten der (Victoria-) Rational-Invaliden-Stiftung.

Chamottsteine

billigt bei F. W. Lehmann, Hundegasse 124.

Messinaer Apfelsinen und Citronen

12, 15 und 17 Sgr. pro Dsb., empfiehlt J. G. Amort, Langgasse 4.

Ein gewandter zuverlässiger Kellner

und ein Billardbursche finden sofort Stellung Hundegasse No. 3.

Druck und Verlag von A. W. Rasemann

in Danzig.